

EINE SCHULE FÜR ALLE

FÜR EINE BESSERE BILDUNG UND MEHR LEISTUNG

I. Einleitung

Bildung in der frühen Kindheit, in der Schule und ein Leben lang wird immer wichtiger – denn darauf basiert die Fähigkeit der Einzelnen, selbstständig ihr Leben zu gestalten und Verantwortung für sich selbst, für die Gemeinschaft und für die Umwelt zu übernehmen. Bildung entscheidet über die gesellschaftliche, ökonomische, politische und kulturelle Teilhabe in der Wissensgesellschaft. Deshalb ist der Zugang zu Bildung die zentrale Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit.

Bildung, Forschung und Entwicklung haben eine herausragende Bedeutung für die Landespolitik. Die Fähigkeit, Bereitschaft und Möglichkeit zu lebenslangem Lernen wird – gerade angesichts des demografischen Wandels – zu einem Schlüssel für die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Die zukünftige Wissensgesellschaft in einer globalisierten Marktwirtschaft erfordert neue Prioritäten der Politik.

Stärken des Standorts Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb sind der Erfindungsreichtum und die Kreativität der Menschen, aber auch ihre Bereitschaft zu Kommunikation, Engagement und nachhaltigem Handeln. In wirtschaftlicher Hinsicht steht Baden-Württemberg im internationalen und bundesweiten Vergleich gut da. Bundesweit nimmt Baden-Württemberg auch in der Bildung einen Spitzenplatz ein. Im internationalen Vergleich ist unser Bundesland aber von erfolgreichen Bildungsländern mit ähnlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur längst abgehängt worden, wie die PISA-Studie eindeutig nachgewiesen hat. Als Reaktion hat Kultusministerin Schavan in diesem Schuljahr neue Instrumente der Qualitätssicherung an unseren Schulen eingeführt. Dazu gehören schulartabhängige Bildungsstandards, Kerncurriculum und Evaluation. Doch sie kann sich nicht von der Ideologie der Dreigliedrigkeit verabschieden, deshalb setzt sie dabei allein auf eine Optimierung des auf früher Selektion basierenden Schulsystems.

Wir Grünen sind davon überzeugt, dass diese Optimierungsstrategie längst an ihre Grenzen gestoßen ist und scheitern muss. Für bessere Leistungen aller Schülerinnen und Schüler, für das Erreichen von Zugangsgerechtigkeit zu Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, für die Entwicklung von solidarischen und gerechten Verhaltensweisen und aus demografischen Gründen müssen wir unser Bildungswesen umfassend umgestalten.

Wie Prof. Dr. Schleicher, der PISA-Beauftragte der OECD, mehrfach angemahnt hat, brauchen wir dazu ein strategisches Ziel, eine Vision und eine Perspektive, wie ein künftiges leistungsfähiges und gerechtes Bildungswesen aussehen soll.

Für eine neue Bildungs-, Leistungs- und Sozialkultur

Wir Grünen wollen, dass in unserem Land eine neue Bildungs-, Leistungs- und Sozialkultur durch vielfältige Anreize gefördert wird.

Wir wollen, dass unser Bildungswesen insgesamt leistungsfähiger wird. Dies bedeutet bessere Leistungen für alle Schülerinnen und Schüler, bessere Vorbereitung auf lebenslanges Lernen, eine Stärkung ihrer persönlichen Entwicklung und Vorbereitung auf das Zusammenleben in einer solidarischen Gemeinschaft.

Unser Schulsystem ist leistungsschwach, sozial ungerecht und teuer.

Zu wenig Leistung und Schulerfolg

Die fehlende schulische Qualifikation stellt für einen Teil der SchulabsolventInnen ein großes Problem für ihre Integration in die Arbeitswelt dar. Insgesamt 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben 2004 in Baden-Württemberg keinen Schulabschluss erreicht: 7 Prozent der Hauptschüler und 18,5 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler gehören dazu. Etwa 20 Prozent eines Jahrgangs erreicht allenfalls das unterste Kompetenzniveau des PISA-Tests in Baden-Württemberg.

Viele Länder mit integrativen Schulsystemen haben im internationalen Schulleistungsvergleich erfolgreicher abgeschnitten als Baden-Württemberg. Ihnen gelingt es besser, für alle Schülerinnen und Schüler Grundkompetenzen zu sichern und gleichzeitig Spitzenleistungen besser zu fördern. Das geschieht vor allem dadurch, dass jedes Kind eine individuelle Wertschätzung und Stärkung erfährt. In Schweden und Finnland z.B. gilt das Prinzip: „Kein Kind darf beschämt werden und kein Kind darf verloren gehen. Wir brauchen alle.“

Das selektive Schulsystem mit seinem Notensystem ist nicht in der Lage, die Bereitschaft aller Schülerinnen und Schüler zu Leistung ausreichend zu fördern. Es demotiviert die einen, und bei den anderen erzeugt es eine „Mentalität des Durchkommens“, die Mittelmaß als ausreichend erachtet. Wer bessere Leistungen erzielt, wird schnell als Streber abqualifiziert. Wir brauchen aber mehr Spitzenleistungen und eine Sicherung der Grundkompetenzen der Schwächeren.

Der pädagogische Preis für die Selektivität unseres Bildungswesens ist groß. Leistungserhebungen, Korrekturen und Notenerteilung dominieren den Schulalltag und belasten die pädagogische Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer. Trainiert wird das Kurzzeitgedächtnis, nachhaltiges Lernen findet nicht statt. Dabei produziert das Schulsystem „VerliererInnen“ und „VersagerInnen“. Etwa ein Drittel der Schülerschaft muss entweder eine Klasse wiederholen oder die Schule „nach unten“ verlassen, schafft keinen Abschluss und kann ihr Leistungspotenzial nicht ausschöpfen. Doch die Ergebnisse der Hirnforschung zeigen, dass nicht Misserfolge und Schulangst, sondern Erfolgserlebnisse zu besseren Leistungen führen.

Ungerechte Bildungschancen

In keinem erfolgreichen Bildungsland gibt es einen so engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Schulerfolg. Das Übertrittsverfahren ist keinesfalls „begabungsgerecht“. In Heidelberg oder Karlsruhe wechseln 50 Prozent der SchülerInnen nach der Grundschule ins Gymnasium, im Kreis Waldshut ist es nur ein Viertel der SchülerInnen. In Baden-Württemberg hat ein Kind mit akademisch gebildeten Eltern bei gleicher Begabung und sogar Schulleistung eine dreimal größere Chance, nach der Grundschule aufs Gymnasium zu wechseln. Die Hauptschule ist die Schule der Kinder aus sozial benachteiligten Familien und für Kinder mit Migrationsherkunft geworden. Nach dem Übergang von der Grundschule auf die gegliederten weiterführenden Schularten werden die sozial bedingten Entwicklungs- und Leistungsunterschiede noch verschärft.

Der Mythos des „begabungsgerecht gegliederten Schulsystems“ ist längst widerlegt. Zwar sind die beruflichen Schulen mit ihren Vollzeitbildungsgängen eine nachträgliche Korrekturmöglichkeit. Aber Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien bleiben auch hier chancenlos. Die soziale Selektivität unseres Schulsystems ist ein eklatanter Widerspruch zu unserem Prinzip der Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit und muss überwunden werden. Ein humanes und leistungsstarkes Bildungswesen muss sich künftig daran messen lassen, ob die zentralen Ziele der Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit zur Bildung für alle Kinder erreicht werden. Die Frage des Zugangs zu Bildung ist die Kernfrage des Sozialstaates der Zukunft.

Kosten des gegliederten Schulsystems

Aber auch der ökonomische Preis für die Aufrechterhaltung eines hoch differenzierten gegliederten Schulsystems muss beachtet werden. Durch Klassenwiederholungen werden rechnerisch weit über tausend Lehrerstellen benötigt. Hohe Kosten entstehen für einzügige Kleinsthauptschulen und Schülertransport, weil am Wohnort der Schüler die meisten Abschlüsse der Sekundarstufe I nicht angeboten werden. In der Unter- und Mittelstufe der Gymnasien werden Lehrerinnen und Lehrer mit der Gehaltsstruktur für die Sekundarstufe II eingesetzt. Die Schulverwaltung ist durch die Schularztersplitterung und Mehrstufigkeit aufgebläht und teuer. Aber auch im beruflichen Schulwesen entstehen erhebliche Kosten durch Warteschleifen und Bildungsgänge zur Nachqualifizierung von SchulabgängerInnen, die mit unzureichenden Leistungen und Kompetenzen die Sekundarstufe verlassen. Wir brauchen diese ineffizient eingesetzten Mittel für die Qualitätsverbesserung unserer Schulen.

Abstimmung mit den Füßen

In Baden-Württemberg gibt es im Unterschied zu anderen Bundesländern keine Schulwahlfreiheit der Eltern, sondern eine Bindung an die Übertrittsempfehlungen durch die Schulen. Dennoch ist die Entwicklung ganz eindeutig: weg von der Hauptschule zum Gymnasium. Mittlerweile ist das Gymnasium die Schulart mit dem größten Anteil an einem Schülerjahrgang (2003/04: 31,8 Prozent Hauptschule – Gymnasium 35,3 Prozent). Umfragen unter Eltern ergeben eindeutige Antworten: Überwiegend wird das Gymnasium gewünscht, nur noch 9 Prozent der Eltern wünschen sich die Hauptschule für ihr Kind.

Das Schulwahlverhalten, die Wünsche und Erwartungen der Eltern wie auch die Mängel der Grundschulempfehlung stellen somit die Legitimität und den Sinn des gegliederten Systems in Frage. Realität und Ideologie stimmen schon lange nicht mehr überein. Die einzelnen Schultypen können den ihnen zugedachten Auftrag nicht mehr erfüllen. Das Gymnasium mit dem laut Schulgesetz „anspruchsvollsten“ Bildungskonzept wird zur begehrtesten Schule, die Hauptschule (als ehemalige Volksschule) wird dabei zu der Schule, die „niemand wählt“, sie wird zur „Restschule“.

Demografische Entwicklung

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird das dreigliedrige Schulsystem mit flächendeckend wohnortnahen Schulen nicht mehr oder nur mit unverträglich hohen Kosten aufrecht zu erhalten sein. Bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg im Jahre 2020 wird sich die Zahl der 10- bis 15-jährigen von heute 619.000 auf nur noch 473.000 verringern.

Das wird erhebliche Auswirkungen auf die Schulstandorte haben. „Aussterbende Schulen“ wird es auch in Baden-Württemberg geben, und es werden zunächst vor allem Hauptschulen sein. Bereits heute gibt es 300 einzügige Kleinsthauptschulen mit weniger als 60 Schülerinnen und Schülern. Angesichts der Bevölkerungsprojektionen bis 2020 sind diese Schulen schon aus Ressourcengründen nicht mehr überlebensfähig. Aber auch aus pädagogischen Gründen machen sie wenig Sinn, weil den Schülerinnen und Schülern keine differenzierten Angebote gemacht werden können.

Aber auch Realschulen und Gymnasien werden künftig mehr als heute in Konkurrenz um SchülerInnen stehen und sie können – wollen sie etwa ihre Lehrerstellen sichern - es sich nicht mehr leisten, SchülerInnen „abzuweisen“ oder „abzuschulen“ und „nach unten durchzureichen“. Im Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler müssen sich Schulen künftig profilieren – eine von uns Grünen durchaus gewünschte Entwicklung.

Wir Grünen wollen, dass die notwendigen Konsequenzen aus den Problemlagen unseres Schulsystems in Baden-Württemberg gezogen werden. Eine Überwindung des selektiven Schulsystems ist aus pädagogischen, sozialen und demografischen Gründen notwendig. Wir orientieren uns aber nicht an den traditionellen deutschen Gesamtschulen, die in den siebziger Jahren als Projekte sozialdemokratischer Bildungspolitik entstanden sind. Mit der Kursbildung wurde dort die Fiktion der homogenen Lerngruppen aufrechterhalten, mit der Folge negativer, selektiver Strukturelemente und geringer Leistungsförderung. Unser Vorbild sind die modernen Schulsysteme erfolgreicher PISA-Länder, etwa in Skandinavien.

Abschied von der Gesamtschule

Die deutsche Gesamtschule hat als Projekt der sozialdemokratischen Bildungspolitik der siebziger Jahre ihre Ziele nicht erreicht. Die für die Reform notwendige politische und gesellschaftliche Akzeptanz blieb aus. Mit der Kursbildung wurde ebenfalls die Fiktion der homogenen Lerngruppen verfolgt. PISA zeigt: Beide in Deutschland existierenden Schulsysteme sind unsozial, nicht leistungsfördernd und unmodern. Die Messlatte für unsere Schulpolitik sind daher internationale Beispiele, etwa in Skandinavien.

II. Die Schule der Zukunft

Unsere Schule der Zukunft – mit der neunjährigen Basisschule bessere Bildung und mehr Leistung

Bessere Leistungen sind nicht durch Selektion, sondern nur durch eine andere Lernkultur zu erreichen, die die Verschiedenheit der Lernenden wertschätzt und zu nutzen versteht. Alle Schulen müssen die Verantwortung für den Lernerfolg ihrer Schülerinnen und Schüler übernehmen. Mit individuellen und verbindlichen Förderplänen werden besondere Begabungen und Talente gezielt entwickelt. Da jedes Kind erfolgreich lernen kann, braucht es anspruchsvolle Aufgaben und muss sich für den Erfolg anstrengen. Lehrerinnen und Lehrer können ihrer Verantwortung besser gerecht werden, weil sie nicht mehr aussortieren müssen. Die neue Unterrichtskultur ist geprägt von Methodenvielfalt, selbst bestimmten und eigenverantwortlichen Lernprozessen der Schülerinnen und Schüler und Unterstützung und Beratung durch Lehrkräfte.

Schulen öffnen sich

Wir wollen, dass an solchen Schulen Menschen mit verschiedenen Berufen arbeiten. SozialpädagogInnen und PsychologInnen unterstützen die Schulen in ihrem Erziehungsauftrag. SonderpädagogInnen übernehmen mit den FachlehrerInnen die Verantwortung für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen.

Wir wollen, dass alle Schulen ganztägig geöffnet sind, damit es mehr Zeit gibt für die individuelle Förderung, Öffnung zum Umfeld, bessere Erziehungsmöglichkeiten und Zusammenarbeit mit den Eltern sowie Kooperationen mit der außerschulischen Jugendbildung und mit anderen Professionen. Solche Ganztagschulen werden den Schülerinnen und Schülern gerecht, ermöglichen es aber auch den Eltern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Ärger mit Hausaufgaben und teurer Nachhilfeunterricht erübrigen sich.

Schulen verantworten sich

Durch nationale schulformübergreifende Bildungsstandards und interne und externe Evaluation erhalten Lehrerinnen und Lehrer Orientierung für ihren Unterricht und die notwendige Überprüfung für den Lernerfolg ihrer Schülerinnen und Schüler. Es bleibt aber der autonomen Schule überlassen, wie sie ihren Unterricht gestaltet und welchen Weg sie wählt, um den größtmöglichen Lernerfolg für ihre Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Neun Jahre gemeinsam lernen

Wir wollen, dass die neue Lernkultur sich mit einer neuen Schulstruktur verbindet, damit die Förderung nicht durch Auslese verhindert wird. Deshalb ist eine Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit notwendig.

Wir wollen, dass bis zum Ende der Sekundarstufe I in einer neunjährigen Basisschule alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Behinderungen gemeinsam in leistungsheterogenen Gruppen unterrichtet werden.

In neun Jahren, bis zum Ende der Schulpflicht für allgemein bildende Schulen, muss die Basis des weiteren Lernens für schulische und berufliche Bildungswege geschaffen sein. Alle Schülerinnen und Schüler erreichen dieses Ziel, wenn sie neun Jahre gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Die Schule der Zukunft muss der zunehmenden Heterogenität ihrer Schülerschaft Rechnung tragen und sie als Chance begreifen. Begabtenförderung und Förderung der Benachteiligten schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Wer Spitzenleistungen will, muss alle Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Möglichkeiten fördern.

Schulen mit neuer Unterrichtskultur

Wenn Lehrerinnen und Lehrer den professionellen Umgang mit Heterogenität erlernt haben und dabei unterstützt werden, führt das Lernen in leistungsgemischten Gruppen zu besseren Erfolgen als das bisherige Aussortieren von Kindern. Die von der gesamten Gesellschaft getragenen Ziele – bessere Leistungen und mehr Kindern bessere Schulabschlüsse zu ermöglichen, die „Risikogruppe“ zu verringern und alle Bildungspotenziale möglichst auszuschöpfen – können nur so erreicht werden. Durch das gemeinsame Lernen, das gegenseitige Unterstützen, den Verzicht auf Beschämung und die Botschaft für alle Kinder: „Du bist hier willkommen“ entwickelt sich ein neuer soziale Umgang miteinander.

III. Der Weg zur neuen Schule

Jetzt mit dem Prozess für Veränderung beginnen

Die umfassende Modernisierung unseres Bildungswesens beinhaltet die äußere und innere Schulreform gleichermaßen. Die Veränderung des Unterrichts ist dabei die Voraussetzung für die strukturelle Weiterentwicklung der Schulen. Aber ohne Wandel der selektiven Strukturen wird sich auch eine neue Unterrichtskultur nicht in der Breite durchsetzen. Grüne Bildungsreform setzt dabei auf die Selbstbestimmung und Verantwortung der Einzelschule. Damit unterscheiden wir uns von Kultusministerin Annette Schavan, die sich auf Maßnahmen an der Einzelschule beschränkt und damit die Strukturfrage ausblendet. Wir verfolgen aber auch nicht den Weg derer, die in zentralistischen Vorgaben das Allheilmittel für die Bildungsprobleme sehen.

Selbstständige Schulen können mehr leisten

Selbstständige Schulen orientieren sich an den Bildungsstandards und an den Zielen, die LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen im Schulprogramm formulieren, und bekommen die volle pädagogische Verantwortung dafür übertragen, wie diese Standards und Ziele erreicht werden. Wir wollen, dass Schulen ein eigenes Personalbudget erhalten und ihre Lehrkräfte selbst beschäftigen können. Wir wollen, dass der Beamtenstatus für (neue) Lehrkräfte abgeschafft wird, ein neues Lehrerleitbild entsteht und die Schulen selbstständig entscheiden, welche Lehrkräfte zum Profil der Schule passen und welche Lehrpersonen anderer Professionen eingestellt werden. Wir wollen eine Stärkung der Schulleitung. Schulleitungsstellen sollen auf Zeit vergeben werden.

Innerhalb der autonomen Schule soll die Verteilung der zur Verfügung gestellten Sachmittel- und Personalbudgets sowie Entscheidungen über Schwerpunktsetzungen und Profilierungen durch alle beteiligten Gruppen gemeinsam erfolgen. Die Schulleitung soll dazu einen Haushaltsplan aufstellen, der in der Schulkonferenz als dem gemeinsamen Gremium von Kollegium, SchülerInnen und Eltern verbindlich beschlossen wird. Über die Einhaltung des Haushaltsplans ist vor der Schulkonferenz Rechenschaft abzulegen.

Verantwortung für alle SchülerInnen übernehmen - Verordnungen abschaffen

Leistungen zu fördern, sie zu bewerten und den Schülerinnen und Schüler Rückmeldung über Leistungsstand und Verbesserungsmöglichkeiten zu geben, ist eine pädagogische Kernaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer. Gegenwärtig müssen sie Verordnungen ausführen und ein System mit detaillierten Vorgaben erfüllen, mit denen vor allem das selektive Schulsystem aufrechterhalten wird.

Wir setzen dagegen: Die Schule ist für die Förderung aller Schülerinnen und Schüler verantwortlich. Im Mittelpunkt des Unterrichts stehen die Einzelnen mit ihren Stärken und ihrer individuellen Entwicklung. Motivation und Leistungsbereitschaft zu fördern ist durch entsprechende Leistungsrückmeldungen zu unterstützen. Dazu dienen Individuelle Leistungsbewertung und -beschreibung sowie Schülerdokumentationen der eigenen Leistungsentwicklung (Portfolios). Durch schriftliche und mündliche Lernentwicklungsberichte geben die Lehrkräfte den SchülerInnen und Eltern ein Feedback. Das Gespräch über Fortschritte, Defizite und die weitere Lernplanung zwischen LehrerInnen und SchülerInnen sowie Eltern hat große Bedeutung.

Wir wollen: Die Einzelschule muss entscheiden, etwa ab welchen Klassenstufen und in welcher Form Noten vergeben werden, welche Formen von Leistungsrückmeldungen gewählt werden.

Der heute vorgegebene Korrektur- und Prüfungsaufwand kann auf ein Drittel reduziert werden, daraus resultieren neue Freiräume für Fördern und individuelle Rückmeldung. Nachhaltiges Lernen und die Förderung der unterschiedlichen Kompetenzen machen die neue Leistungskultur aus. Damit selbstständige Schulen eine neue Leistungskultur entwickeln, wollen wir deshalb die Abschaffung der Noten- und Versetzungsverordnung.

Eine Schule, die sich für Leistungsheterogenität öffnet, kann Schülerinnen und Schülern mit ihren Schwächen wie Stärken besser unterstützen. Förderung der Schwächeren wie Exzellenzförderung haben ihren Platz. Ganz wichtig ist die Entwicklung der Fähigkeit von Schülerinnen und Schüler zur Selbstdiagnose. Sie müssen lernen, ihre Stärken und Schwächen selbst einzuschätzen und Strategien zur Verbesserung ihrer Leistungen zu entwickeln. Für die Bereitschaft und Fähigkeit zum lebenslangen Lernen ist dies eine wichtige Voraussetzung.

In einer neuen Leistungskultur stellen sich Schulen der Evaluation. Mit externen Tests wird überprüft: Schafft die Schule es, alle Schülerinnen und Schüler ausreichend zu fördern? Was kann verbessert werden? Welche Unterstützung ist nötig?

Wir wollen den Wettbewerb der Schulen und nicht der Schülerinnen und Schüler. Die Frage darf künftig nicht mehr sein: Ist diese SchülerIn der/die Richtige für diese Schule? Sondern: Ist die Schule gut genug für alle Schülerinnen und Schüler?

Eltern und SchülerInnen aktiv in die Erziehungspartnerschaft einbeziehen - Hausaufgaben und Nachhilfe aber als Kernaufgabe der Schule ausgestalten

Eltern dürfen ihre Kinder nicht einfach an der „Schulpforte abgeben“. Wir sprechen ausdrücklich von einer Leistungs- und Sozialkultur, weil diese eine gemeinsame Aufgabe ist.

Elternhaus und Lehrerhaus (Schule) müssen einer gemeinsamen Verantwortung für die schulische Leistung wie auch die soziale Entwicklung der Schülerinnen und Schüler nachkommen. Dem dienen regelmäßige Gespräche zwischen Eltern und LehrerInnen und SchülerInnen. Dabei werden auch Ziele zur Verbesserung der Leistungen und Schritte zur Umsetzung vereinbart. Die Schulkonferenz als gemeinsames Organ aller Beteiligten und Betroffenen an der Schule (LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen) soll gestärkt werden.

Zu einer Schule für Alle gehört auch ein Ende der "Privatisierung der Förderung am Nachmittag", die Mütter zu "Hilfslehrern der Nation" macht und zu einem Nachhilfewesen geführt hat, das soziale Ungleichheit verstärkt und die Eltern jährlich bundesweit 2 Milliarden Euro kostet. In der Ganztagschule gibt es Hausaufgabenbetreuung und „Nachhilfe für alle“ in der Schule. Mitarbeit und Unterstützung der Eltern in der Schule und für die Schule sind aber ausdrücklich erwünscht. Dieses Engagement kommt dann den eigenen wie auch anderen Kindern zu Gute.

Mittlere Bildungsabschlüsse an allen Schulen – Schulen behalten alle SchülerInnen

Für alle Schulen muss die Möglichkeit bestehen, die Schülerinnen und Schüler im jeweiligen Klassenverband auf einen mittleren Bildungsabschluss mit unterschiedlichen fachlichen Schwerpunktsetzungen, wie das in den angelsächsischen Ländern üblich ist, vorzubereiten. Dies bedeutet, dass etwa eine Realschule auf die gymnasiale Oberstufe vorbereitet oder sich z.B. ein Gymnasium entscheidet, keine Schülerinnen und Schüler mehr nach unten durchzureichen, sondern differenziert zu fördern und zu bewerten. Auch Hauptschulen müssen die Möglichkeit erhalten, sich attraktiv zu profilieren und Schülerinnen und Schüler durch ein gutes Förderkonzept "anzuwerben", indem sie etwa auch einen regulären Realschulabschluss anbieten können.

Die strukturelle Weiterentwicklung wird zu einer Chance der Profilierung für gefährdete Standorte, wenn Schulen gleichwertige mittlere Abschlüsse anbieten und so die Schülerinnen und Schüler am Ort „halten“ können. Dadurch wird gerade auch für gefährdete und kleine Hauptschulen im ländlichen Raum die Option eröffnet, eine Schule für alle im Ort zu sein, z.B. mit einer zweiten Fremdsprache ab der fünften Klasse, mit der Möglichkeit von Wahlpflichtfächern ab der 7. Klasse und allen Anschlussmöglichkeiten für die Sekundarstufe II. Mit solchen regionalen Schulen wird das Gemeinschaftsleben am Ort gestärkt und der ausufernde Schülertransport verhindert.

LehrerInnenausbildung für eine neue Schule mit individueller Förderung

Die Veränderung von Unterrichtskultur und Schulstruktur erfordert auch eine Reform der Lehrerbildung. Sie soll sich von Beginn des Studiums an der schulischen Praxis orientieren. Wir wollen die schulartspezifische Ausbildung überwinden, mit einer gemeinsamen Phase für alle Lehrämter und einer anschließend differenzierten Ausbildung für Alters- bzw. Schulstufen. Wir wollen die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge für eine inhaltliche Reform des Lehramtsstudiums nützen.

Im Mittelpunkt der Ausbildung wie der Weiterbildung steht die Tätigkeit des "Lehrens". Ziel ist daher der Erwerb von Diagnose, Beurteilungs- und Beratungskompetenz sowie der kompetente Unterricht und die Lernförderung von heterogenen Lerngruppen. Die einzelnen Wissenschaften, ob Fachwissenschaften, didaktische, psychologische und pädagogische Fächer, orientierten sich in Forschung und Lehre an diesem späteren Tätigkeitsbereich.

Wir wollen eine Reform der LehrerInnenweiterbildung. Die Mittel der LehrerInnenfortbildung werden umgeschichtet in Budgets für die Schulen, damit können sie sich die Fortbildung bei staatlichen wie freien Anbietern einkaufen.

Wesentliche Zielsetzung von Aus- und Fortbildung: der professionelle Umgang mit Heterogenität. Lehrerinnen und Lehrer müssen in den Stand versetzt werden, die Verantwortung für den Lernerfolg sehr unterschiedlicher Schülerinnen und Schüler übernehmen zu können.

Innovative Schulen wachsen lassen

Der Umgang mit Heterogenität in unserem Schulwesen muss systematisch erlernt und weiter entwickelt werden. Ein Netz von integrativ arbeitenden Innovationsschulen soll in Baden-Württemberg diese Entwicklung vorantreiben.

Dabei gibt es bereits erste „Leuchtturmschulen“ in Baden-Württemberg, die gezielt Lernkonzepte für den Umgang mit Heterogenität entwickeln. Dazu gehört das Ländliche Schulzentrum in Amtzell im Allgäu. Überall im Land bilden sich derzeit Initiativen von Lehrkräften und Eltern, die neue Sekundarschulen bzw. neunjährige Basisschulen konzeptionell entwickeln und Anträge auf Erprobung stellen wollen, so z.B. in Tübingen, Karlsruhe und Göppingen.

Wir fordern, dass die Anträge auf Einrichtung integrativ arbeitender Schulen genehmigt werden und dass diese Schulen bei der Entwicklung neuer Lernkonzepte Unterstützung erhalten.

Schulgesetz ändern – KMK auf Kernaufgaben beschränken

Damit Schulen sich strukturell weiterentwickeln können, müssen die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen verändert werden. Wir wollen deshalb das Schulgesetz ändern, um den selbstständigen Schulen die entsprechenden Freiräume zu geben.

So soll die Grundschulempfehlung beratenden Charakter bekommen und die Eltern sollen die Schulwahlfreiheit erhalten. Schulen sollen sich strukturell weiter entwickeln können, und als neue Schulart wird die neunjährige Basisschule aufgenommen.

Wir wollen eine „schlankere“ KMK. Die Kultusministerkonferenz muss Entscheidungsmöglichkeiten an die selbstständigen Schulen abgeben. So müssen Vorgaben gestrichen werden, die gegenwärtig noch die Entwicklung von Lernkonzepten für heterogene Zusammensetzungen von SchülerInnengruppen behindern und Unterricht in leistungshomogenen Gruppen ausdrücklich vorschreiben. Das Hamburger Abkommen mit seinen Überregulierungen muss abgeschafft werden. Die KMK soll lediglich Qualitätsziele festlegen, schulformunabhängige Standards vorgeben und die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen regeln. Durch einen Staatsvertrag sollen die Länder eine eigenständig arbeitende Agentur einsetzen, die sich der Qualitätssicherung im deutschen Schulwesen annimmt. Die Länder müssen die dann gewonnenen Freiheiten an die Schulen weitergeben.

Bündnispartner für Veränderungen gewinnen

Mit dem baden-württembergischen Handwerkstag, der eine neunjährige Basisschule vorgeschlagen hat, dem Landeselternbeirat und dem Arbeitskreis der Gesamtelternbeiräte in Baden-Württemberg, die eine strukturelle Weiterentwicklung der Schulen fordern, gibt es prominente Unterstützung in der politischen Debatte zur Modernisierung des Schulwesens. Viele Bildungsverbände, u. a. die GEW, wollen wie wir das selektive Schulsystem überwinden. Bündnispartner sind auch die Freien Schulen in unserem Land, vor allem die Waldorfschulen, die seit Jahrzehnten vorleben, dass individuelle Förderung und Verzicht auf Selektion auch bei uns möglich ist und große Lernerfolge erreicht werden.

Vorbilder sind die Schulen in den erfolgreichen Bildungsländern, die zeigen, dass Schulen die Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler übernehmen können und eine hohe Wertschätzung in der Gesellschaft für ihre Leistungen erfahren. Wir setzen auf die

zunehmende bildungspolitische Bedeutung von Kommunen, die ein wohnortnahes gutes Bildungsangebot für alle Kinder und Jugendlichen sichern wollen.

Gesellschaftliche Wertschätzung für Bildung stärken – Erforderliche Ressourcen für die Qualitätsentwicklung sichern

In unserer neuen Schule sollen alle jungen Menschen Zugang zu Bildung als wichtigstem Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung erhalten. Das Humboldtsche Prinzip „Bildung stärkt den Menschen“ kann in einer Schule, die Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit zusammenbringt und voneinander lernen lässt, besonders gut verwirklicht werden. In unserer neuen Schule soll der Dreiklang neuer Bildungskultur, Leistungskultur und Sozialschule dazu beitragen, dass der Wert der Bildung in unserer Gesellschaft endlich eine hohe Anerkennung und Unterstützung findet. Das betrifft auch die erforderlichen Ressourcen für die Bildung. Eine Effizienzsteigerung der eingesetzten Mittel ist möglich. Bei rückläufigen SchülerInnenzahlen müssen die frei werdenden Mittel in erster Linie für die notwendige Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung genutzt werden. Dabei wollen wir Grüne die öffentliche Debatte darüber führen: Was ist unserer Gesellschaft die bestmögliche Förderung und Bildung unserer jungen Generation wert?

„Wenn Du willst, dass jemand ein Schiff baut, dann gibst ihm keine Werkzeuge, sondern wecke in ihm die Liebe zum Meer.“